

Die öffentliche Meinung

Thomas Petersen

Wie sehr sich die Wahrnehmung der europäischen Politik in Deutschland in den letzten Jahren verändert hat, zeigt ein Blick in die Berichterstattung des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“, das seit Jahrzehnten das wichtigste Leitmedium in Deutschland ist, an dem sich auch andere Journalisten orientieren,¹ und dessen Berichterstattung man deswegen als symptomatisch für die Presse in Deutschland als Ganzes ansehen kann. In den jeweils vier Wochen vor und nach der Europawahl 2009² veröffentlichte der „Spiegel“ 20 Artikel, die im weitesten Sinne etwas mit der Wahl oder der europäischen Politik zu tun hatten. Insgesamt nahmen diese Artikel 33 Seiten ein. Da die in dieser Zeit erschienenen acht Hefte zusammen 948 Seiten (ohne Anzeigenseiten) umfassten, entspricht das knapp 3,5 Prozent des Gesamtumfangs der Berichterstattung.

In den jeweils vier Wochen vor und nach der Bundestagswahl 2014³ veröffentlichte der „Spiegel“ dagegen 33 Artikel, also 60 Prozent mehr als noch fünf Jahre zuvor. Diese Beiträge umfassten 61 Seiten, fast doppelt so viele wie 2009. Bei ebenfalls insgesamt 948 redaktionellen Seiten entsprach das immerhin 6,4 Prozent der Gesamtberichterstattung.

Diese Entwicklung illustriert aber nur unvollkommen das Ausmaß, in dem sich zumindest der journalistische Blick auf die Europäische Union gewandelt hat, denn noch ein drucksvoller als die quantitative Veränderung der Berichterstattung ist ihre Qualität. 2009 war die Wahl zum europäischen Parlament praktisch kein eigenständiges Thema in der Berichterstattung des „Spiegel“. Sie diente meist lediglich als Anlass für Berichte über innenpolitische Themen, etwa bei einem Artikel vom 30. Mai 2009 über die Wahlkampfstrategien der SPD im beginnenden Bundestagswahlkampf, für den die bevorstehende Europawahl als eine Art Probelauf beschrieben wurde.⁴ Nach der Wahl, in der Ausgabe vom 15. Juni, wurde dann das schlechte Abschneiden der SPD zum Ausgangspunkt von Spekulationen über die Wahlchancen der Sozialdemokraten bei der Bundestagswahl im September 2009.⁵ Im selben Heft wurde außerdem das vergleichsweise gute Wahlergebnis der Grünen zum Anlass, Überlegungen über die kommunalpolitische Bedeutung der Partei anzustellen.⁶ Eine Woche danach schien die Wahl in den Augen der Spiegel-Redakteure

-
- 1 Vgl. Wolfgang Donsbach: *Journalist*, in: Elisabeth Noelle-Neumann/Winfried Schulz/Jürgen Wilke (Hrsg.): *Fischer Lexikon Publizistik Massenkommunikation*, Frankfurt am Main: Fischer 2009, S. 81-128, dort S. 118. Siegfried Weischenberg/Maja Malik/Armin Scholl: *Die Souffleure der Mediengesellschaft. Report über Journalisten in Deutschland*, Konstanz: UVK 2006. Carsten Reinemann: *Medienmacher als Medienutzer. Kommunikations- und Einflusstrukturen im politischen Journalismus der Gegenwart*, Köln: Böhlau 2003.
 - 2 *Der Spiegel* Nr. 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, und 27, erschienen in der Zeit vom 11. Mai 2009 bis zum 29. Juni 2009.
 - 3 *Der Spiegel* Nr. 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24 und 25, erschienen in der Zeit vom 28. April bis zum 16. Juni 2014.
 - 4 Florian Gathmann (u. a.): *Agenda 2005*, in: *Der Spiegel* Nr. 23 vom 30. Mai 2009, S. 24-27.
 - 5 Ralf Beste (u. a.): *Böse verzockt*, in: *Der Spiegel* Nr. 25 vom 15. Juni 2009, S. 22-25.
 - 6 Markus Deggerich (u. a.): *Erfolg im Bionade-Biotop*, in: *Der Spiegel* Nr. 25 vom 15. Juni 2009, S. 30-31.

abgehakt zu sein. In der Ausgabe vom 29. Juni kam Europa nur noch in drei kurzen Notizen von jeweils deutlich weniger als einer Seite vor.⁷ In keinem der genannten Artikel lag der Hauptfokus auf der Europäischen Union, dem Einigungsprozess allgemein oder gar der Europawahl im Besonderen. In der ganzen Zeitspanne von vier Wochen vor und nach der Europawahl gab es nur zwei größere Artikel im Spiegel, in denen die europäische Politik der Hauptgegenstand der Berichterstattung war, nämlich einen Beitrag über die Bankenregulierung in Europa⁸ und ein Interview mit dem Vorsitzenden der sozialistischen Fraktion im Europaparlament Martin Schulz.⁹ Andere Europapolitiker kamen rund um den Wahltermin im Jahr 2009 im „Spiegel“ nicht zu Wort.

Ganz anders fiel die Berichterstattung im Jahr 2014 aus. Nun war die Europawahl nicht mehr in erster Linie der, wie es im journalistischen Jargon heißt, „Aufhänger“ für innenpolitische Themen, sondern der Hauptfokus einer Vielzahl von Berichten. Ereignisse, über die man auch leicht ohne Bezug zur europäischen Einigung hätte berichten können, wurden nun zum Anlass genommen, über die europäische Politik und die europäische Identität zu spekulieren. Dabei reichte die Bandbreite von der Ukraine-Krise¹⁰ bis zum Eurovision Song Contest.¹¹ Es gab ausführliche Berichte über den Europawahlkampf in Italien¹² und Großbritannien¹³ und über Europapolitiker verschiedener Parteien.¹⁴ Für die letzte Ausgabe vor dem Wahltermin, erschienen am 19. Mai, hatte sich die Redaktion sogar ein eigenes Logo ausgedacht, mit dem Artikel zur Europawahl eigens gekennzeichnet wurden. Nach der Wahl folgte eine ausführliche Wahlanalyse,¹⁵ und nun wurde die Wahl auch nicht mehr nach kürzester Zeit abgehakt, sondern die aus ihr resultierenden Diskussionen der europäischen Regierungschefs um die anstehende Wahl des Kommissionspräsidenten wurden über mehrere Wochen hinweg publizistisch begleitet.¹⁶ Noch immer war die Europäische Union kein Hauptschwerpunkt der Berichterstattung, aber anders als noch 2009 wurde sie als relevanter Akteur der Politik sichtbar.

Eine zwischenzeitlich fast vergessene Perspektive

In den vergangenen Jahren war viel von einer Krise Europas die Rede. Dabei ist meist übersehen worden, dass die öffentlichen Diskussionen um die Probleme der Gemeinschaft erst dazu geführt haben, dass vielen Bürgern die Bedeutung der Europäischen Union

7 Merkel streicht Parteitag, in: Der Spiegel Nr. 27 vom 29. Juni 2009, S. 17. E.on droh Geldstrafe aus Brüssel, in: Der Spiegel Nr. 27 vom 29. Juni 2009, S. 54. Herbst des Patriarchen, in: Der Spiegel Nr. 27 vom 29. Juni 2009, S. 77.

8 Hans-Jürgen Schlamp: Riss durch die Gemeinschaft, in: Der Spiegel Nr. 23 vom 30. Mai 2009, S. 72-73.

9 „Eine verkopfte Sache.“ In: Der Spiegel Nr. 25 vom 15. Juni 2009, S. 22-25.

10 „Der Krieg findet nicht statt.“ In: Der Spiegel Nr. 21 vom 19. Mai 2014, S. 117-121.

11 Georg Diez: Kontinent im Taumel, in: Der Spiegel Nr. 21 vom 19. Mai 2014, S. 114-116.

12 Walter Mayr: „Der Sieg geht an uns“, in: Der Spiegel Nr. 21 vom 12. Mai 2014, S. 90-91.

13 Christoph Scheuermann: Hirn gegen Herz, in: Der Spiegel Nr. 21 vom 19. Mai 2014, S. 91-92.

14 Barbara Supp: Herr Lucke lädt ein, in: Der Spiegel Nr. 20 vom 12. Mai 2014, S. 52-56. René Pfister: Der Bierzelt-Hegel, in: Der Spiegel Nr. 22 vom 26. Mai 2014, S. 26-28. „Achtung, Frau Merkel“, in: Der Spiegel Nr. 23 vom 2. Juni 2014, S. 82-85. Dirk Kurjuweit: War halt nur so 'ne Idee, in: Der Spiegel Nr. 25 vom 16. Juni 2014, S. 107.

15 Nikolaus Blome (u. a.): Lupenreine Demokraten, in: Der Spiegel Nr. 23 vom 2. Juni 2014, S. 18-23.

16 Nikolaus Blome (u. a.): Zu viele eckige Kreise, in: Der Spiegel Nr. 24 vom 7. Juni 2014, S. 20-22. Melanie Amann (u. a.): Jetzt erst recht, in: Der Spiegel Nr. 25 vom 16. Juni 2014, S. 38-39.

bewusst geworden ist. Nach einer Phase intensiver negativer Berichterstattung über die Europäische Union und vor allem den Euro war die Zustimmung zur Gemeinschaftswährung, anders als man vielleicht hätte vermuten können, nicht etwa gesunken, sondern deutlich gestiegen.¹⁷ Ganz allgemein hatte sich das Wahrnehmungsprofil der Europäischen Union geschärft. Auf die Frage „Was bedeutet die EU für Sie?“ gaben die Befragten im Juli 2013 deutlich mehr Antworten – positive wie negative – als im Jahr 2006, als die Frage zum ersten Mal gestellt worden war. Das bedeutet, dass ihnen die Gemeinschaft klarer vor Augen stand als vorher. Der Begriff „Europa“ löste lebendigere, farbigere Vorstellungen aus, was letztlich heißt, dass Europa in den Vorstellungen der Bürger präsenter war als in früheren Jahren.¹⁸

Verstärkt wird diese Entwicklung in jüngster Zeit nun dadurch, dass sich die Diskussion um die europäische Einigung nicht mehr, wie lange Jahre zuvor, nahezu allein um ökonomische, sondern zunehmend auch wieder um geopolitische Fragen dreht. In den letzten zwei Jahrzehnten konnte man oft den Eindruck gewinnen, bei der europäischen Einigung ginge es vor allem um die Frage, inwieweit sie den Bürgern wirtschaftliche Vor- oder Nachteile brächte, doch schaut man etwas intensiver auf die Argumentationen, mit denen im 20. Jahrhundert für die europäische Einigung geworben wurde, erkennt man, dass sowohl die Vordenker als auch später die Akteure des Einigungsprozesses andere Aspekte im Blick hatten. Zwar wurden auch immer wieder die ökonomischen Vorteile betont, die sich aus einem Handel ohne Zollschranken ergeben (1929 forderte Gustav Stresemann sogar bereits eine gemeinsame europäische Währung¹⁹), doch der Schwerpunkt der Argumentation lag stets auf zwei anderen Punkten, nämlich erstens der gegenseitigen Kontrolle und festen Regeln des Zusammenlebens in Europa, was künftige Kriege auf dem Kontinent unmöglich machen sollte, und zweitens auf der Selbstbehauptung des Kontinents gegenüber anderen, als bedrohlich empfundenen Mächten.

Ein Beispiel für die immer wieder anzutreffenden Denkstrukturen ist das „Europäische Manifest“ des Gründers der „Paneuropa-Union“ Richard Coudenhove-Kalergi aus dem Jahr 1924, in dem es heißt: „Russland und England sind Paneuropas Nachbarn. Diese beiden Weltreiche sind auch ohne Europa lebensfähig – während die übrigen Staaten dieses Erdteils durch ihre geographische Lage zur Schicksalsgemeinschaft verbunden sind; verurteilt, entweder gemeinsam zugrunde zu gehen – oder gemeinsam aufzuerstehen.“²⁰ Ganz ähnliche Argumentationen findet man unter anderem bei Otto von Habsburg und in Ansätzen sogar schon im Jahr 1915 bei Friedrich Naumann.²¹

17 Thomas Petersen: Die öffentliche Meinung, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2013, Baden-Baden: Nomos 2013, S. 347-356, dort S. 352.

18 Ebenda, S. 353-354.

19 Henry Bernhard/Wolfgang Goetz, Paul Wiegler (Hrsg.): Gustav Stresemann. Vermächtnis. Der Nachlass in drei Bänden, Bd. 3, Berlin: Ullstein 1933, S. 577-578.

20 Richard Coudenhove-Kalergi: Das Europäische Manifest. 1. Mai 1924, in: Richard Coudenhove-Kalergi: Paneuropa 1922-1966, Wien: Herold 1966, S. 104-118, dort S. 107.

21 Otto Habsburg: Karl der Große oder: Vereintes Europa vor tausend Jahren, in: Otto Habsburg: Idee, Europa, Angebot der Freiheit, München: Herold 1976, S. 19-32. Friedrich Naumann: Mitteleuropa, in: Friedrich Naumann: Werke Bd. 4, Köln: Westdeutscher Verlag 1964, S. 486-767, dort S. 663. Siehe ausführlich hierzu: Thomas Petersen/Thomas Roessing: Die europäische Einigung – ein Freiheitsprojekt? Befunde aus Repräsentativumfrage und Inhaltsanalyse, in: Ulrike Ackermann (Hrsg.): Freiheitsindex Deutschland 2013. Schwerpunkt Europa, Frankfurt am Main: Humanities Online 2014, S. 67-102, dort S. 70-75.

Die zerstörerische Kraft der innereuropäischen Konflikte, vor allem das Trauma der beiden Weltkriege, verbunden mit dem Gefühl, an den weltpolitischen Rand gedrängt worden zu sein, bildet dann nach 1945 den Hintergrund der nun konkreter werdenden Bemühungen um eine europäische Einigung und besonders um eine deutsch-französische Verständigung. Konrad Adenauer erläuterte im März 1950 dem amerikanischen Journalisten Howard Kingsbury Smith: „Eine Union zwischen Frankreich und Deutschland würde dem schwerkranken Europa neues Leben und einen kraftvollen Auftrieb geben. Psychologisch und materiell würde sie von gewaltigem Einfluss sein und Kräfte freisetzen, die Europa sicherlich retten werden. Ich glaube, das ist die einzige Möglichkeit, die Einheit Europas zu erreichen. Hiermit würde der Rivalitätsgedanke zwischen den beiden Ländern verschwinden.“²² Ebenfalls im März 1950 antwortete Charles de Gaulle auf den Vorschlag einer deutsch-französischen Union mit charakteristischem Pathos, aber inhaltlich letztlich den gleichen Linien folgend. Adenauer fasste de Gaulles Reaktion wie folgt zusammen: „Er sagte, dass auf den Katalanischen Feldern Attila dank der gemeinsamen Anstrengung von Galliern, Germanen und Römern geschlagen worden ist. Eine Union zwischen Frankreich und Deutschland würde das Werk Karls des Großen fortsetzen (...) und er sei sehr beeindruckt von der Kraft eines solchen Zusammengehens. Das künftige Schicksal Europas hänge in hohem Maße von der Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen ab.“²³ Noch 1996 schrieb François Mitterrand: „Ich kann mich nicht von der Vorstellung lösen, dass eine Gesellschaft nur durch ihre Institutionen überlebt. So auch Europa. Da bisher alles auf Macht beruht, die ihrerseits nur der Gewalt weicht: zerbrechen wir diese Logik und ersetzen sie durch die des frei eingegangenen Vertrags! Wenn die Europäische Gemeinschaft, diese Tochter der Vernunft, sich dauerhafte Strukturen zu Eigen macht, dann werden Begriffe wie Sieger oder Besiegte zu unserer Vorgeschichte gehören. Die geringe Größe unseres Kontinents (...), das in Ost und West verspürte Bedürfnis zu existieren und bei der Gestaltung der Zukunft unseres Planeten ein Wort mitzureden, indem Europa sich dem Schraubstock entwindet, der sich von Asien und Amerika aus immer enger um uns legt: dies alles trägt zu diesem Bewusstseinswerdungsprozess bei.“²⁴

Doch die Motivationen, die am Anfang des europäischen Einigungsprozesses standen, schienen im Verlauf der vergangenen Jahrzehnte verblasst zu sein. Bereits in den 1990er Jahren wurde es von vielen Menschen als etwas unzeitgemäß empfunden, dass Helmut Kohl nicht müde wurde zu betonen, dass die Europäische Einigung eine Frage von Krieg und Frieden sei. Und als François Mitterrand 1995 in seiner letzten großen Rede vor dem Europaparlament seinem Publikum den Satz „le nationalisme c'est la guerre“ entgegenschleuderte, wirkte das wie aus der Zeit gefallen. Zu unwahrscheinlich schien es, dass noch einmal aggressiver Nationalismus große europäische Länder in den Krieg gegeneinander treiben könnte.

Doch dies hat sich in den vergangenen Monaten deutlich verändert. Die Krise in der Ukraine hat die deutsche Bevölkerung aufgeschreckt. Im April 2014 antworteten in einer Repräsentativumfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach auf die Frage „Wie würden Sie die Beziehungen zwischen Russland und Deutschland beschreiben?“ 76 Prozent, ihrer

22 Konrad Adenauer: *Erinnerungen 1945-1953*, Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1965, S. 312.

23 Ebenda, S. 316.

24 François Mitterrand: *Über Deutschland*, Frankfurt: Insel 1996, S. 113.

Ansicht nach seien die Beziehungen zwischen den beiden Ländern „weniger gut“ oder „gar nicht gut.“ Im Jahr 2008 hatten nur 33 Prozent diese Antwort gegeben. In der gleichen Zeit stieg der Anteil derjenigen, die sagten, Russland sei ein Land von dem Gefahr ausgehe, von 36 auf 55 Prozent.²⁵ Es liegt nahe anzunehmen, dass sich diese Entwicklung auch auf das Europabild der Bevölkerung auswirkt, dass die ursprünglichen Motive der Einigung wieder etwas mehr ins Blickfeld geraten, als es zumindest in der öffentlichen Diskussion um die EU zuletzt der Fall war.

Das Europabild wandelt sich

Tatsächlich gibt es Hinweise darauf, dass sich der Blick der Deutschen auf Europa allmählich wandelt. Dabei ist zuerst festzuhalten, dass der Gedanke, wonach es bei der europäischen Einigung nicht nur um Geld, sondern mindestens ebenso sehr um Friedenssicherung geht, bei der Bevölkerung stärker präsent ist als in der öffentlichen Auseinandersetzung um die europäische Politik. Das zeigen die Antworten auf eine Allensbacher Frage vom Mai 2014, bei der zwei verschiedene Meinungen zur Europäischen Union zur Auswahl gestellt wurden. Die eine lautete: „Ich finde die Europäische Union vor allem als Wirtschaftsgemeinschaft wichtig. Was am Ende zählt, ist, dass alle Mitgliedsländer durch die Möglichkeit, frei miteinander zu handeln, einen wirtschaftlichen Nutzen durch die Gemeinschaft haben.“ Die Gegenposition lautete: „Ich finde die Europäische Union vor allem als politische Gemeinschaft wichtig. Dadurch, dass alle Mitgliedsländer politisch eng miteinander verbunden sind, ist der Frieden in Europa garantiert.“ 33 Prozent der Befragten entschieden sich für die erste, etwas mehr, 37 Prozent, für die zweite Meinung.

Dass dabei die politischen Aspekte der europäischen Integration wieder mehr in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit rücken, zeigen die Antworten auf die Frage „Was bedeutet die EU für Sie?“. Zu dieser Frage überreichten die Interviewer eine Liste mit 13 Aspekten bzw. Meinungsäußerungen über die Europäische Union. Der Vergleich der Antworten auf diese Frage vom Juli 2013 mit denen vom Mai 2014 zeigt kleine, aber charakteristische Verschiebungen: Dass es in Europa viele hoch verschuldete Länder gebe, für die Deutschland haften müsse, meinte im Frühjahr 2014 mit 60 Prozent noch immer eine deutliche Mehrheit der Deutschen, doch das waren immerhin 4 Prozent weniger als im Sommer des Vorjahres. Von 60 auf 56 Prozent abgenommen hatte die Zahl derjenigen, die sagten, sie verbänden mit Europa eine „wuchernde Bürokratie“ und einen großen, schwer zu durchschauenden Beamtenapparat. Wesentlich deutlicher ist der Rückgang bei der Aussage, die EU sei ein Zusammenschluss von Ländern, die sich in vielem unterschieden. Ihr hatten 2013 noch 58 Prozent der Deutschen zugestimmt, 2014 waren es 49 Prozent. Noch etwas stärker, nämlich von 41 auf 31 Prozent, sank der Anteil derer, die in der EU ein „Risiko für den Wohlstand in Deutschland“ sahen.

Dagegen war umgekehrt bei der Aussage, die Europäische Union bedeute politische Stabilität in Europa, ein Zuwachs von 47 auf 58 Prozent zu verzeichnen (Grafik 1).

25 Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Nr. 10019 und 11023.

Grafik 1: Was Europa bedeutet

Frage: „Hier auf der Liste haben wir aufgeschrieben, was uns andere gesagt haben, was die Europäische Union für sie bedeutet. Was davon würden auch Sie sagen, was bedeutet die EU für Sie?“

– Auszug aus den Angaben –



Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Nr. 11010, 11024.

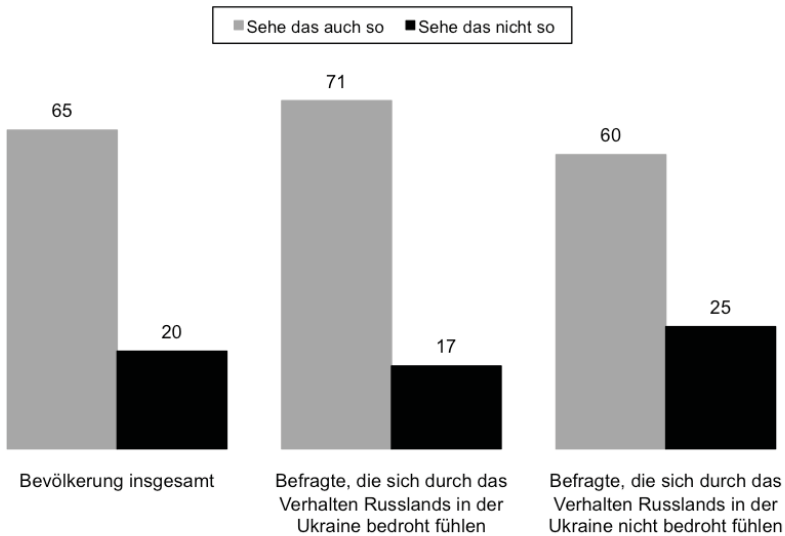
Es gibt einige Hinweise darauf, dass tatsächlich die Krise in der Ukraine zu dieser Verschiebung der Perspektive beigetragen haben könnte. Schaut man, wie die Befragten, die an anderer Stelle im Interview zu Protokoll gaben, dass sie sich durch das Verhalten Russlands in der Ukraine bedroht fühlten, auf die Frage „Was bedeutet die EU für Sie?“ antworteten, dann erkennt man, dass sie nicht durchgängig, aber doch tendenziell dazu neigten, eher die politischen Aspekte der Europäischen Union zu betonen als diejenigen, die sich nicht bedroht fühlten. So sagten erstere zu 66 Prozent, letztere dagegen „nur“ zu 58 Prozent Europa bedeute für sie die Sicherheit, dass die europäischen Völker nicht mehr gegeneinander Krieg führen.²⁶

Das gleiche Muster zeigte sich bei der Frage „Wenn jemand sagt: ‚Das wirklich Entscheidende an der Europäischen Union ist die Frage von Krieg und Frieden. Nur durch die Einheit Europas kann man den Frieden in Europa dauerhaft sichern.‘ Sehen Sie das auch so, oder sehen Sie das nicht so?“. 65 Prozent der Deutschen antworteten im Mai 2014 auf diese Frage, das sähen sie auch so. Bei denen, die sich durch das russische Verhalten in der Ukraine bedroht fühlten, waren es 71, bei denjenigen, die sich nicht bedroht fühlten, 60 Prozent (Grafik 2).

²⁶ Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 11024.

Grafik 2: Europa – eine Frage von Krieg und Frieden?

Frage: „Wenn jemand sagt: ‚das wirklich entscheidende an der Europäischen Union ist die Frage von Krieg und Frieden. Nur durch die Einheit Europas kann man den Frieden in Europa dauerhaft sichern.‘ Sehen Sie das auch so, oder sehen Sie das nicht so?“



Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 11024.

Bedeutungsgewinn der Europawahlen

Angesichts dieser Entwicklungen ist es nicht erstaunlich, dass die Europawahl des Jahres 2014 nicht nur, wie eingangs beschrieben, in der Medienberichterstattung mehr Berücksichtigung fand, sondern auch bei der Bevölkerung einen sichtlich höheren Stellenwert einnahm als frühere Wahlen zum Europäischen Parlament. Unmittelbar vor der Wahl schien es noch so, als würde der Urnengang nicht viel mehr Aufmerksamkeit auf sich ziehen als die Europawahl 2009. Der Anteil derer, die zu Protokoll geben, sie würden sich „bestimmt“ an der Wahl beteiligen, lag mit 43 Prozent minimal über dem Wert von 2009, als 40 Prozent diese Angabe gemacht hatten,²⁷ nur 9 Prozent der Deutschen bezeichneten die anstehende Europawahl als „Schicksalswahl“ – von der Bundestagswahl 2013 hatten dies 13 Prozent gesagt,²⁸ und die Zahl derjenigen, die sagten, sie interessierten sich „sehr“ für die Europawahl, lag mit 9 Prozent exakt auf dem gleichen Niveau wie 5 Jahre zuvor.²⁹

Auffällig war aber, dass die Zahl der Befragten, die sagten, sie interessierten sich „weniger“ für die Europawahl, deutlich von 37 auf 23 Prozent zurückgegangen war.³⁰ Bemerkenswert ist auch, dass sich die Anhänger der verschiedenen Parteien nicht weniger aktiv zeigten, als bei der vorangegangenen Bundestagswahl. Auf die Frage „Hat in letzter

27 Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Nr. 10037, 11024.

28 Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Nr. 11012, 11024.

29 Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Nr. 10039, 11024.

30 Ebenda.

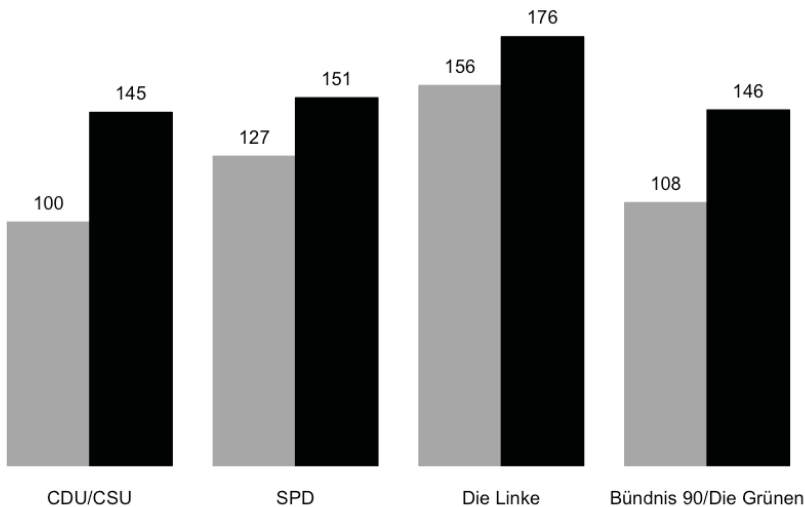
Zeit irgendjemand versucht, Sie von einer bestimmten Partei zu überzeugen, ich meine, dass Sie dieser Partei Ihre Stimme geben sollen?“ antworteten im Mai 2014 14 Prozent der Befragten mit „Ja.“ Ende August 2013, also etwa im gleichen Zeitabstand vor der Bundestagswahl, hatten ebenfalls 14 Prozent diese Antwort gegeben.³¹

Sogar noch aktiver als bei der Bundestagswahl zeigen sich die Befragten bei einer anderen Frage, mit der ermittelt wurde, was man bereit wäre, für die Partei zu tun, die einem am nächsten steht, ob man sich beispielsweise vorstellen könne, Plakate zu kleben, eine Anstecknadel zu tragen oder sich bei Straßendiskussionen für die Partei einzusetzen. Die Befragten konnten dabei aus einer Liste mit 16 verschiedenen Aktivitäten auswählen. Zählt man die Prozentwerte, die auf alle zur Auswahl gestellten Punkte entfallen, zusammen, erhält man einen Eindruck von der Einsatzbereitschaft der Parteianhänger. Ende August 2013, vier Wochen vor der Bundestagswahl, betrug diese Summe bei den CDU-Anhängern 100, Anfang Mai 2014 lag sie bei 145. Bei den SPD-Anhängern ist ein Anstieg von 127 auf 151 zu verzeichnen, bei den Grünen von 108 auf 169 (Grafik 3).

Grafik 3: Exponierbereitschaft vor der Wahl 2013 und 2014

Frage: „Jetzt eine Frage zu der Partei, die Ihren Ansichten am nächsten steht: Wenn man Sie fragen würde, ob Sie für diese Partei etwas tun möchten, zum Beispiel etwas von dieser Liste hier – ist da irgendetwas dabei, was Sie für diese Partei tun würden, die Sie für die beste halten?“ (Listenvorlage) – Summe aller Angaben in Prozent –

Helle Säulen: Ende August 2013, dunkle Säulen: April/Mai 2014.



Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Nr. 11012, 11024.

Anscheinend investierten die aktiven Parteianhänger in den Europawahlkampf mindestens so viel Energie wie in den – allerdings auch ungewöhnlich emotionslosen – Bundestagswahlkampf 2013. Vielleicht steckt dahinter eine wieder wachsende Vorstellung, es lohne sich, sich für die Europa einzusetzen.

31 Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Nr. 11012, 11024.

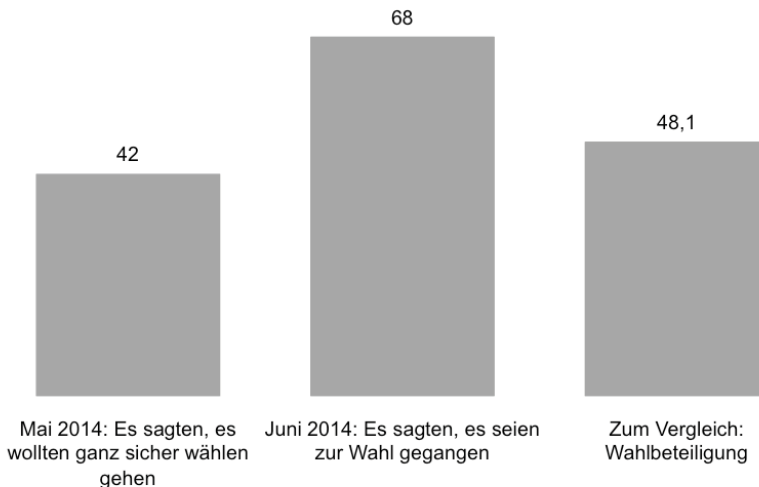
Darüber hinaus gibt es Hinweise darauf, dass sich das gesellschaftliche Klima dahingehend ändert, dass das Interesse an der Europapolitik und die Teilnahme an Europawahlen mehr als noch vor einigen Jahren als Bürgerpflicht angesehen werden. Bemerkenswert sind hier die Ergebnisse eines Langzeitvergleichs zwischen den Angaben der Befragten über ihr Wahlverhalten und die tatsächliche Wahlbeteiligung bei Bundestags- und Europawahlen. Sie zeigen, dass seit Anfang der 1980er Jahre die tatsächliche Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen und die Angaben der Befragten, dass sie zur Wahl gegangen seien, immer weiter auseinanderklaffen. Im Wahljahr 1976 antworteten in der ersten Umfrage nach dem Wahltag 93 Prozent der Befragten, sie seien zur Wahl gegangen, ein Ergebnis, das die tatsächliche Wahlbeteiligung von 91 Prozent nahezu exakt widerspiegelte. Nach der Bundestagswahl 2013 sagten dagegen 86 Prozent, sie hätten sich an der Wahl beteiligt, während die tatsächliche Wahlbeteiligung mit 72 Prozent 14 Prozentpunkte niedriger war.³² Dieses Muster ist als Kennzeichen eines starken Meinungsklimas zu deuten, das diejenigen, die sich nicht an einer Bundestagswahl beteiligen, unter starken Rechtfertigungsdruck setzt, so dass nicht wenige Befragte auf die offenbar sozial erwünschte Antwort ausweichen.

Grafik 4: Exponierbereitschaft vor der Wahl 2013 und 2014

Frage Anfang Mai 2014: „Werden Sie bei der Europawahl wählen gehen?“

Frage Anfang Juni 2014: „Haben Sie bei der Europawahl gewählt, oder sind Sie nicht zur Wahl gegangen?“

– Basis: Wahlberechtigte –



Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Nr. 11024, 11025, Bundeszentrale für politische Bildung.

³² Institut für Demoskopie Allensbach: Motive der Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2014. Allensbacher Repräsentativumfrage im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, Allensbacher Archiv, IfD-Bericht Nr. 7998, S. 21.

Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament war ein solches Auseinanderklaffen von bekundeter und tatsächlicher Wahlbeteiligung bisher nicht zu beobachten. Alles in allem stimmten von 1979 bis 2009 die Angaben der Befragten über ihr Wahlverhalten mit der tatsächlichen Entwicklung der Wahlbeteiligung überein, gelegentlich sagten sogar weniger Befragte, sie hätten sich an der Europawahl beteiligt, als tatsächlich zur Wahl gegangen waren. Es ist offensichtlich, dass es den Befragten, anders als zuletzt bei Bundestagswahlen, in der Regel nicht unangenehm war, zuzugeben, dass sie an einer Europawahl nicht teilgenommen hatten. Das war auch noch in der letzten Allensbacher Umfrage vor dem Europawahltermin im Mai 2014 der Fall. Damals antworteten auf die Frage „Werden Sie bei der Europawahl wählen gehen?“ 42 Prozent mit „Ja“. Die tatsächliche Wahlbeteiligung betrug 48 Prozent.³³

Doch änderte sich das Antwortverhalten binnen eines Monats bemerkenswert stark. Als im Juni 2014 die Frage gestellt wurde „Haben Sie bei der Europawahl gewählt, oder sind sie nicht zur Wahl gegangen?“ antworteten 68 Prozent, sie seien zur Wahl gegangen, ganze 20 Prozent mehr als sich tatsächlich an der Wahl beteiligt hatten (Grafik 4). Zum ersten Mal zeigte sich also nun auch bei einer Europawahl ein starkes Auseinanderklaffen von tatsächlicher und behaupteter Wahlbeteiligung, wie es bisher nur bei Bundestagswahlen zu verzeichnen gewesen war. Die Schnelligkeit, mit der sich diese Veränderung vollzog, deutet darauf hin, dass die intensive öffentliche Diskussion um das Wahlergebnis und seine politischen Konsequenzen, etwa bei der Besetzung des Postens des Kommissionspräsidenten, dazu geführt hat, dass den Wahlen zum Europäischen Parlament nach der Wahl eine deutlich größere Bedeutung zugeschrieben wurde als noch kurz davor. Es ist vielen peinlich geworden, ein Desinteresse an Europa einzugestehen. Das bedeutet: Europa ist in den Augen der Bürger wichtiger geworden.

Weiterführende Literatur

- Konrad Adenauer: *Erinnerungen 1945-1953*. Stuttgart 1965.
- Henry Bernhard, Wolfgang Goetz, Paul Wiegler (Hrsg.): *Gustav Stresemann: Vermächtnis. Der Nachlass in drei Bänden*, Bd. 3, Berlin 1933.
- Richard Coudenhove Kalergi: *Der Europäische Manifest*. 1. Mai 1924. In: Richard Coudenhove-Kalergi: *Panuropa 1922-1966*, Wien 1966, S. 104-118.
- Otto Habsburg: *Karl der Große oder: Vereintes Europa vor tausend Jahren*. In: Otto Habsburg: *Idee Europa. Angebot der Freiheit*, München 1976, S. 19-32.
- François Mitterand: *Über Deutschland*, Frankfurt am Main 1996.
- Friedrich Naumann: *Mitteleuropa*. In: Friedrich Naumann: *Werke* Bd. 4. Köln 1964, S. 486-767.
- Thomas Petersen/Thomas Roessing: *Die europäische Einigung – ein Freiheitsprojekt?*, in: Ulrike Ackermann (Hrsg.): *Freiheitsindex Deutschland 2013. Schwerpunkt Europa*. Frankfurt am Main: Humanities Online 2014, S. 67-102.

33 Ebenda.